

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Ersteht mit Ausnahme  
des Montag täglich (16)

7. Jahrgang.

Mittwoch, 20. April 1927.

№r. 91.

## Minister Spina erklärt . . .

Ein Minister ist nach landläufiger Anschauung ein Mensch, der mit großen Gaben ausgestattet, sehr viel kennt und sehr viel weiß. Demnach werden Reden und Aufsätze von Herren Ministern immer besondere Teilnahme wecken. Doch bei aller Hochachtung vor der Weisheit der Herren Minister, werden viele sagen, daß sie beim Lesen der Reden des Herrn Justizministers Dr. Mahr-Harting recht enttäuscht waren; so auch, als sie die Osterbotschaft des Ministers für öffentliche Arbeiten, des Herrn Dr. Franz Spina, lasen, besonders, wenn sie sie aufmerksam gelesen haben.

Beide Herren betonten immer wieder, daß sie die schwere Last der Ministerschaft und die noch schwerere Last der Verantwortung nur tragen können, weil sie nichts als das Wohl des deutschen Volkes fördern wollen. Was Herr Dr. Spina unter dem Wohl des deutschen Volkes versteht, ist aus dem besagten Osterartikel „Was will der Nationalismus?“ recht unmissverständlich zu erfahren. Das Ziel des deutschen Aktivismus ist die Schaffung einer Regierungsmehrheit „der deutschen und tschechischen produzierenden bürgerlichen Stände“. Das dürfte in den nächsten Wochen und Monaten das Schlagwort sein: „Wir bürgerlichen produzierenden Stände!“ Noch ist die Verwaltungsreform nicht Gesetz, noch ist auch der letzte Rest der Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirke nicht beseitigt, da ja das Gemeindefinanzeiher erst gemacht werden wird, aber schon jetzt werden die großen kommenden Ereignisse ihre Schatten voraus, die „produzierenden bürgerlichen Stände“ fühlen sich, schließen sich enger zusammen und die Vorschläge für das Jahr 1927 werden in den „unproduktiven Ausgaben“ gedroselt, daß Herr Spina seine Lust haben mag, er und seinesgleichen. Daß die deutschen und die tschechischen Agrarier es sind, die diese Mehrheit der „deutschen und der tschechischen bürgerlichen produzierenden Stände“ mit Rosamenschall begrüßen, ist das verwunderlich? Der Herr Dr. Franz Spina glaubt sogar, als Erfolg des Aktivismus buchen zu sollen, daß noch außenstehende „bürgerliche konservative Gruppen“ Vertrauen gewonnen haben und sich anschließen werden. Die Anziehungskraft des deutschen Aktivismus ist nach der Versicherung des Herrn Ministers Dr. Spina geradezu unwiderstehlich.

Wenn wir sumpfen Leute, die wir den „bürgerlichen produzierenden Ständen“ nicht angehören, jene frohe Heilsbootschaft, die den Inhalt des diktatorischen spinovistischen Evangeliums bildet, in das allgemein verständliche Deutsch übertragen, so heißt aktivistische Politik nicht mehr und nicht weniger, als: aktivistische Politik „der bürgerlichen produzierenden Stände“, Nationale Politik, wie sie Dr. Spina auffaßt, ist Interessenspolitik der bürgerlichen konservativen Gruppe. Förderung des Volkswohls ist für Herrn Dr. Spina Mehrung und Hebung der Wohlfahrt des deutschen „bürgerlichen produzierenden Stände“, vor allem des Wohlseins der Agrarier.

Als ob der Herr Dr. Franz Spina da etwas Neues gesagt hätte! Erinnern wir uns doch: Am 4. März 1919 waren Deutsche gefallen, 3 Opfer einer Idee, die gerade auch die Herren Aktivist „immer“ mit Leidenschaft verfochten haben, als Opfer im Kampfe um das Selbstbestimmungsrecht. Schon wenige Wochen später saßen deutsche und tschechische Agrarier beisammen, um über gemeinsame wirtschaftliche Interessen zu beraten und es wurde gesagt, daß bei Erörterung von Wirtschaftsfragen das „nationale Moment“ nicht hinderlich sein darf. So war es vor acht Jahren, als der Boden vorbe-

## Der Tschang-Kai-Schef der Komintern.

Vom Vorzügsschüler der Moskower zum bezahlten Lafai  
der Bourgeoisie.

In Nielsenlettern verkündet die kommunistische Presse in den letzten Tagen den Verrat des Generalführers der Kantonalarmee Tschang-kaischek an der chinesischen Revolution. Der kuffige „Internationale“ ist wie dem Schüler im „Faust“ von all dem schon so dumm, daß sie eine ganz besondere Spezialität von Verrat gebiert: den „Verrat der chinesischen Bourgeoisie an der Revolution“. Demnach haben die Kommunisten also in der frommen Hoffnung gelebt, daß die chinesische Bourgeoisie die kommunistische Revolution ausführen werde, und sind nun bitter enttäuscht, daß die chinesischen Bourgeoisie wie alle ihre Klassengenossen auf der ganzen Welt keine Sozialisten sind, sondern die soziale Revolution „verraten“. Von hier zu der folgenschweren Entscheidung, daß Kramar die kommunistische Revolution in der Tschechoslowakei verraten hat, ist nur ein Schritt.

Aber bleiben wir einmal bei dem Verrat Tschang-kaischeks und überlassen wir die empörte Anklage gegen die verräterische chinesische Bourgeoisie der erhabenen „Internationale“. Der sogenannte Verrat Tschang-kaischeks — wir schreiben absichtlich der „Sogenannte“, weil bisher ja nur einseitig gefärbte Meldungen vorliegen und bei den Moskowitern ein ungehorsamer Befehlsmann rasch zum Verräter avanciert — war lange vorauszuahnen. Er entspringt den Interessengegensätzen in der Kuomintang. Seit vielen Wochen wärmt die Sozialdemokratie die Arbeiter, die weltgeschichtliche Bedeutung der chinesischen Revolution zu überschätzen, weil die Kuomintang keine sozialistische, sondern eine aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzte nationale revolutionäre Partei ist. So oft die Sozialdemokratie das ausgesprochen, wurde sie von der kommunistischen Presse beschimpft und bespottet. Jetzt, post festum flug geworden, schreibt die „Internationale“ allerdings:

„Tschang-kaischek hat schon früher durch seine Schwankungen und durch seine Vermittlungs- und Verständigungsversuche mit Tschang-kaischek gezeigt, daß er bereit sein wird, in einer entscheidenden Etappe der chinesischen Revolution dieselbe durch seine verräterische Handlungsweise in Gefahr zu bringen.“

Aber sagen durfte man es nicht! Als wir die Neutermeldung von der Absetzung Tschang-kaischeks

reitet wurde, in den das Samenfrönslein des deutschen Aktivismus gepflanzt ward, aus dem jener herrliche Baum entsprang, dessen ledere Früchte der Milliarden-ertrag der Fülle und der Kohlen-einfuhrschneide, der Millionen für die heilige Kongrua und Cesaj-reserve und andere Vorteile als Erfolge der aktivistisch-spinovistischen Speckfudelpolitik zu buchen sind für die „bürgerlichen produzierenden Stände“. Darum sollte der Knödelnduft nicht die noch aufstehenden „bürgerlichen konservativen Gruppen“ reizen, mit in die Liebeslaube zu Mahr-Harting und Spina zu schlüpfen, deren Anmut und holdseligen Reize von Tag zu Tag mehr erblühen, von Antonin Svehla väterlich betreut, von Vater Kramel mit himmlischem Tau besprennt?

Obwohl Herr Dr. Spina in seinem Ostergrüße unbedingt Neues nicht gesagt hat, so sei ihm doch gedankt. Denn er verdient Dank, daß er, der so unentwegt für das „Wohl der bürgerlichen produzierenden Stände“ arbeitende Arbeitsminister, endlich ganz rückhaltlos, ganz ohne jede Einschränkung zugestimmt, daß der deutsch-tschechische Bürgerblock nichts anderes darstellt, als die Diktatur der Bourgeoisie in diesem Staate, eine Diktatur, die vor seinem Verfassungsverbruch zurückschreckt, wenn es gilt, ihre Herrschaft zu verfestigen. Herr Minister Dr. Franz Spina, der schliche Bauer mit dem treuen deutschen Herzen, bucht als Erfolg der aktivistischen Politik, daß sich die Völker der Republik an die deutsch-tschechische bürgerliche Koalition bereits „gewöhnt“ haben. Der deutsche „Aktivismus“ will nicht regiert werden, er will eben aktiv — andere regieren. Herr

wiedergaben, waren wir Verräter! Wir waren Verräter, weil wir den Fall Tschang-kaischeks hinter einem bürgerländischen Wahlsieg meldeten. Wir werden es allerdings nicht nötig haben, in vier Wochen unseren Lesern zu erzählen, daß die bürgerländischen Arbeiter und Kleinbauern Verräter sind! Nur auf den Gegenstand zwischen den Kuomintanggruppen hinweisen, hieß schon Verrat üben. Die Kuomintang war eine revolutionäre, ja eine kommunistische Partei. So erzählte es der Genosse Hsiung am 10. März den Reichsbürger Arbeitern. Der „Vorwärts“ gab es gläubig wieder und wehe wer den Satz bezweifelte, den Hsiung gelassen aussprach:

„Unser Wirtschaftsprinzip ist der Kommunismus.“

Kein Tag verging ohne Aufruhr und der Kantonalarmee mit ihrem Führer wurde gebührend gedacht. Am 17. März meldete der „Vorwärts“ die vollkommene Einheit der Kuomintang und als Urheber der neuen einheitlichen Zusammenarbeit wurde Tschang-kaischek hingestellt.

Am 19. März wieder hieß es im „Vorwärts“, daß Tschang-kaischek durch den revolutionären Druck gezwungen wurde, zu mondvenerien und der Revolution die Treue zu halten. Zur selben Zeit aber war unser Mißtrauen in seine Verlässlichkeit schon schimpflicher Verrat an China.

Am 27. März wurde den Bemühungen General Tschang-kaischeks, „Ruhe und Ordnung wiederherstellen zu wollen“ volles Lob gezollt und die Mächtige verdammt, weil sie die Bemühungen nicht ernst nahmen. Nun wegen ähnlicher Bemühungen wird Tschang jetzt als Verräter gebrandmarkt. Ob er es tatsächlich ist oder nicht, seine damalige und seine nunmehrige Handlungsweise scheinen jedenfalls keine großen Unterschiede aufzuweisen.

Am 31. März zieh uns die „Internationale“ nach schmällichen Verrats, weil wir die revolutionäre Bedeutung der chinesischen Ereignisse nicht ins rechte Licht rücken, das heißt, weil wir die Spaltung der Kuomintang vorausagten. Daß der „Vorwärts“ am ersten April die Äußerungen Tschang-kaischeks über seine revolutionäre Gesinnung wiedergab und ihn von seinen revolutionären Zielen reden ließ, war allem Anschein nach ein Aprilscherz. Eine Behauptung des chinesischen Kommunisten

Spina ist erst ein halbes Jahr Herr Minister. Aber dieses eine Halbjahr hat genügt, um offenbar werden zu lassen, was Geistes sie voll sind, die Herren „Aktivist“.

Sie wollen unterdrücken, gebieten, sie wollen die Herren sein! Sie wollen „den deutschen Millionenvolk zu der seiner wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung entsprechenden Stellung verhelfen“, wie Herr Dr. Spina so schön flötet. Darum also Unterbindung der Lebensmöglichkeiten eben dieses Millionenvolkes durch hohe Wucherzölle, darum also Milliarden als Nutzkoll, darum also die endlose Reihe reaktionärer Maßnahmen gerade im letzten Halbjahr! Freilich: die „produzierenden bürgerlichen Stände“ können sich mästen, die „unproduzierenden“ Schichten gehen den deutschen „Aktivisten“ einen Dreck an. Ob sich der Herr Minister Dr. Franz Spina bewußt war, wie frivol eigentlich sein Ostergrüße im Grunde ist?

Oder will der Herr Minister Spina wirklich den preussischen Minister Genß kopieren, der bekanntlich den Ausspruch getan hat: „Wir wollen gar nicht, daß es dem Volke gut gehe. Wen sollten wir nachher regieren?“ Der Herr Minister Spina kennt aber die deutsche Geschichte selber viel zu gut, er weiß, daß Genß vom Sturmjahre 1848 hinweggefegt worden ist. Der „Aktivismus“ mag den „bürgerlichen produzierenden Ständen“ mit noch so großen und fetten Knödeln das Maul stopfen, der Vorwärts ist endgültig vorüber!

Mag der „Aktivismus“ noch so frech sich gehoben, die Bäume der deutsch-tschechischen Regierungsmehrheit wachsen bestimmt nicht in den Himmel!

Tangshinse, am 27. März im „Vorwärts“ wiedergegeben und also zum unfehlbaren Glaubensdogma erhoben, verdient aber den Ergüssen von heute gegenübergestellt zu werden:

27. März „Vorwärts“:

„Ein Revolutionär wie Tschang-kaischek wird sich auch nicht, wie die Imperialisten ihn verdächtigen, mit dem Konterrevolutionär Tschang-kaischek zusammenschließen, um gegen die Freiheitbewegung, für die er sich bisher eingesetzt hat, zu kämpfen. Gewiß sind einmal — — Verhandlungen zwischen Tschang-kaischek und den Kantonalarmeen über ein Zusammengehen gepflogen worden, aber dies nur aus tatsächlichen Gründen, um vorerst Wupesiu und Sunhsuanfang zu vernichten. Heute ist keine Rede mehr davon — —“

17. April „Internationale“:

„Jetzt im entscheidenden Stadium der chinesischen Revolution — — begehrt Tschang-kaischek den scheußlichsten Verrat.“

Aber wehe dem, der diesen „scheußlichsten Verrat“ als eine notwendige Etappe in dem Zerschlagungsprozess im Lager der Kantonalen vorausagte, wer davor warnte, die Kuomintang als kommunistische Partei, die chinesische Revolution als einen proletarischen Sieg anzusehen! Wehe dem Verräter, der vor vierzehn Tagen den in allen kommunistischen Zeitungen in Wort und Bild gefeierten Marschall Tschang nicht als Moskauer Volksheldrevolutionär gelten ließ, wehe dem sozialpatriotischen Lumpen, der ein Wort der China-Meldungen der kommunistischen Presse anzweifelte und sich lieber an das sichere Burgenland als an das unsichere China hielt.

Am 10. April schrieben wir:

„Der Tag, an dem sie (die Kommunisten) über irgendwelche Verräter in der Kuomintang das Anathema auszusprechen werden, kommt sicherer als jede kommunistische Voraussage. Die Gegenüberstellung unseres Verrates mit dem der heute noch gefeierten Chinesen wird sich ohne Zweifel gut ausnehmen.“

Hat ihn schon! Und es sind noch keine zehn Tage darüber vergangen! Aber es werden andere nachfolgen. Und da die Moskauer trotz alledem weiter in der Kuomintang verbleiben, unter einem Dach mit den „Verrätern“, wird sich noch manch schönes Spektakel abspielen. Vor allem bleibt ihnen die Möglichkeit gewahrt, gleichzeitig die Verräter in China zu beschimpfen, mit denen sie gemeinsam kämpfen und uns, die wir den Verrat jener, die doch auch die Ihren sind, voraussetzen oder feststellen. Ja, wenn das nicht mehr geht, dann können immer noch die Sozialdemokraten als Verräter angesprochen werden, weil sie den Verrat der Chinesen nicht gebührend kennzeichnen. Die „revolutionäre Situation“ ist jedenfalls unverändert günstig, denn es eröffnen sich die günstigsten Chancen für Verleumdungen der Sozialdemokratie!

## Die neue Regierung in Kanton.

Scharfe Maßnahmen gegen die Kuomintang in Kanton

London, 19. April. (Reuters.) Aus Kanton wird gemeldet: Auf der Konferenz des Kuomintang (revolutionäre republikanische Partei Chinas) gab der Oberbefehlshaber der Kantonalarmee Tschang-kaischek den endgültigen Bruch mit den Kantonalen Nationalisten und die Bildung einer unabhängigen nationalistischen Regierung mit dem Sitz in Kanton bekannt. Zweck dieses Schrittes sei, wie er erklärte, die Rückkehr zum ursprünglichen Programm des Kuomintang und Ausschaltung des kommunistischen Einflusses.

Die auf Befehl Tschang-kaischeks gegen die kommunistischen Organisationen in Kanton unternommene Aktion war nach den eingegangenen Meldungen ziemlich drastisch. Die dortigen Kommunisten beachtigten für gestern große Demonstrationen, bei denen es zu Angriffen gegen die Ausländer kommen sollte. Auf diese Weise wollten sie einen Zusammenstoß mit der Partei Tschang-kaischeks, in deren Händen sich Kanton befindet, provozieren. Die lokalen chinesischen Behörden aber kamen den Kommunisten zuvor; sie besetzten deren Hauptzentrale, verhafteten 1500 Kommunisten und beschlagnahmten große Waffenbestände. Bei dem Zusammenstoß wurden etwa 100 Kommunisten getötet. Wie es scheint, ist aber die Kanton Bevölkerung mit diesem Schritte

Tschangkaischels einverstanden. Im Laufe einer Stunde nach diesem Zusammenstoß mit den Kommunisten herrschte in der Stadt wieder vollkommene Ruhe.

Auch in Shanghai, wo das Leben wieder in normalen Bahnen läuft und eine verhältnismäßig nur geringe Anzahl von Arbeitern im Ausstand verharret, wurde die kommunistische Agitation durch die Truppen Tschangkaischels unterdrückt.

Kantons Gegenmaßregeln.

Shanghai, 19. April. (Neuer.) Aus chinesischer Quelle wird gemeldet, daß die chinesische Regierung in Hankau drei Erlässe veröffentlicht hat. Im ersten wird Tschangkaischel von seiner Stellung als Oberbefehlshaber der nationalistischen Armee entzogen, seine Verhaftung und Bestrafung gefordert. Im zweiten wird Fenghuhsiang zum Oberbefehlshaber ernannt und ihm Tchengtschi, der Militärgouverneur von Honan, beigegeben. Tchengtschi erhielt den Befehl auf Hankang zu marschieren und Tschangkaischel anzugreifen. Im dritten Erlaß wird der Abbruch aller Verhandlungen (en mit Hankang und Shanghai angeündigt.

Ryloff über China.

Moskau, 19. April. (Tag.) In einem dem Rätekongreß erstatteten Bericht führte Ryloff aus:

Durch die internationale Lage und die zunehmende Aktivität sowjetischer politischer Gruppen wird eine erhebliche außenpolitische Spannung geschaffen. Wiederholte Versuche, einen Antisowjet-Bündel zu bilden und einen militärischen Konflikt zwischen der Sowjetunion und China zu provozieren, schaffen eine überaus verwinkelte Lage und bedrohen die Sache des Friedens.

Zu den Ereignissen in China bemerkte Ryloff unter Hinweis auf die ziffermäßigen Angaben über die in China befindlichen ausländischen Seestreitkräfte, daß:

Die Intervention der Mächte in China tatsächlich bereits begonnen habe. Könnte man früher noch davon sprechen, daß in der Frage der Intervention zwischen den Mächten keine Einstimmigkeit erzielt wurde, so sind jetzt in dieser Kardinalfrage offenbar sämtliche Differenzen beseitigt. Neben der Intervention und der Unterstützung der Militäristen im Norden versuchen die Mächte, eine Spaltung im Lager der nationalen Freiheitsbewegung zu schaffen. Die Zustimmung der Mächte zum Ueberfall auf die Sowjetbotschaft in Peking bedeutet einen Versuch, die Sowjetunion zum Krieg gegen China herauszufordern. Die Sowjetregierung wird auf diese Provokation nicht eingehen.

Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie.

Begrüßungsreden der Gäste. — Vorlage des Entwurfes des neuen Parteiprogrammes. — Die innerpolitischen Probleme. — Außenpolitik und internationale Wirtschaftsfragen.

Samstag, Sonntag und Montag, fand im Prager Gemeindepalast der XV. ordentliche Parteitag der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt. Der eigentlichen Tagung waren einige

Vorbereitungen

vorangegangen. Donnerstag berieten die Vertreter der Partei angehörende Lehrer und Professoren, worüber wir bereits berichtet haben. Freitag fanden eine Konferenz sozialdemokratischer Frauen statt, die sich insbesondere mit der Reform des Familienrechtes befaste, sowie eine Konferenz der Vertreter der Minderheitsgebiete, welche legiere sich gegen die Einschränkung der Demokratie, des Wahlrechts und der Selbstverwaltung aussprach. Am Vorabend des Kongresses tagte schließlich eine Sitzung der erweiterten Parteiverwaltung.

Erster Verhandlungstag.

Samstag, nach 10 Uhr vormittags, wurde der Kongreß selbst, der von etwa 350 Delegierten besucht war, eröffnet. Zuerst trugen Arbeiterführer die „Internationale“ vor, worauf der Parteivorsitzende, Abg. Sampl, sprach. Er gedachte der in den letzten Jahren verstorbenen Vertrauensmänner der internationalen Arbeiterbewegung, darunter auch des deutschen Reichspräsidenten, Gen. Ebert; sowie unserer Genossen Germa, Hillebrand, Kiesewetter, Hirsch und Stanek und betonte u. a., es sei eine der Aufgaben des Kongresses, zu erklären, daß

die tschechische Sozialdemokratie zusammen mit der deutschen den Konzentrationspunkt für die Vereinhaltung der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei bilde.

Sodann konstituierte sich der Parteitag und wählte Tomasek zum Vorsitzenden und Sabran zum Stellvertreter.

Gen. Dr. Soukup begrüßt vor Eingang in die Tagesordnung die erschienenen Vertreter der Bruderparteien und bedauert, daß der Sekretär der Internationale, Gen. Friedrich Adler, wegen Erkrankung nicht kommen konnte.

Hierauf beantragt der Vorsitzende die Absendung eines Begrüßungstelegramms an den Präsidenten Masaryk, was unter Beifall angenommen wird.

Es folgt nunmehr die Begrüßung des Parteitages durch die Gäste. Namens der Internationale wurde durch die russischen Sozialdemokratie Deutschlands spricht zunächst

Gen. Adolf Braun,

der vorerst als Vertreter der Internationale u. a. auftritt:

So wie Ihr, so haben fast alle Parteien der Internationale Schwierigkeiten, die größer sind, als vor zwanzig und mehr Jahren. Um die Seele des eigenen Proletariats ringen nicht nur wir, sondern eine andere Partei, die auch behauptet, aus den Wurzeln des marxistischen Sozialismus erwachsen zu sein, die aber im wesentlichen vollkommen fremd dem Bestrebungsstamme des Proletariats gegenübersteht, die nicht aus den Notwendigkeiten des eigenen Landes und des eigenen Proletariats, sondern aus der Notwendigkeit des russischen Staates und der russischen Wirtschaft ihre Politik dirigiert: die Kommunisten. Wir wissen, daß sie auf Schneefurche zurückgehen haben. Wir wissen, daß wir mit ihnen kämpfen müßten und wir wissen, daß sie ganz ähnlich mit der Unterstützung der dritten kommunistischen Internationale und dann mit der russischen Sowjetregierung ihre Leitungen gerändert haben, Broschüren veröffentlicht haben, Institutionen eingerichtet haben, die die Ehren niederzunutzen sollten. Aber die Erfolge der Kommunisten sind nirgends von langer Dauer. Sie errichten oft in kurzer Zeit ein großes Bauwerk und zerbrechen sich dann selbst durch innere Streitigkeiten.

Je gesünder und sozialistischer Eure Partei ist, desto früher wird sie den Kommunismus in Eurem Lande überwinden.

Niemand wird in diesem Lande und außerhalb dieses Landes die Schwierigkeiten verkennen, in denen Ihr lebt und wirkt. Manches wird dem außerhalb der Grenze lebenden Sozialdemokraten vielleicht nicht verständlich sein, aber wir alle sind überzeugt, daß der Geist der Internationale, wie ihn Marx und Engels gepflegt haben, auch Euer Geist sein muß, daß Ihr mit den anderen zusammenarbeitet, daß die anderen von Euch lernen müssen und daß Ihr von den anderen zu lernen habt. In diesem internationalen Geiste habe ich Euch namens des Bureaus der Internationale und namens unseres gemeinschaftlichen Freundes Frey Adler zu begrüßen.

Namens der reichsdeutschen Partei sagt Gen. Braun ungefähr folgendes:

„Es gibt nun viel Ähnlichkeiten zwischen uns. Wir sind in der Opposition so wie Ihr es seid. Wir waren in der Koalition, wie Ihr es wart. Wir haben Erfahrungen darüber, es es gut ist, wie es sich entwickelt hat, auch bei Euch dürften solche Erfahrungen nicht fehlen. Aber die große Masse bei uns, und ich vermute auch

die große Masse bei Euch empfindet, daß die Opposition gesund macht,

wenn es auch im Interesse der Arbeiterklasse gelegen sein mag, in gewissen Situationen in die Koalition zu gehen. Aber wir erlösen uns von der Regierungslosigkeit durch die Opposition und es scheint mir, daß Ihr auf dem besten Wege seid. Wir hatten Kämpfe mit den Kommunisten, wir haben sie im großen und ganzen überstanden. Ich glaube, daß es auch ähnlich geht. Käuflich wollen wir die kommunistischen Arbeiter, aber nicht ihre verlogene Führerschaft wieder in unser Lager führen. Es dürfte bei Euch ähnlich sein. Aber wie die Statistik der Parlamentswahlen zeigt, gibt es noch viele Hunderttausende Arbeiter, die den Schwanz der bürgerlichen Parteien bilden, in der Tschechoslowakei, wie in Deutschland. Diese Arbeitermassen zu gewinnen, sie zu Kämpfern für die große Sache zu machen, das muß das Ziel aller sozialdemokratischen Parteien sein.

Wir verstehen unter Massenkampf die Zusammenfassung aller Arbeiter und die Erfüllung dieser Arbeitermassen mit sozialistischem Geist. Ihr werdet ähnlich denken. Und wir sind Ihr sehr überzeugt, daß die Zusammenfassung des ganzen Proletariats unter der roten Fahne der Sozialdemokratie die Voraussetzung und die Sicherung des Sieges des Proletariats über alle seine Feinde sein wird.

In diesem Sinne, in diesem Gleichklang unserer Bestimmungen, möchte ich Sie namens der deutschen Sozialdemokratie begrüßen.

Nach dem stürmischen Beifall, der Brauns Rede folgt, sprechen namens der Sozialdemokratie Polens Abg. Czajinski, für die Sozialdemokratie Lettlands Abg. Kasarin und von lebhaftem Beifall empfangen, der Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Abg. Gen. Janb.

Er führte aus: Es wurde mir der ehrenvolle Auftrag zuteil, Ihren Parteitag im Namen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu begrüßen. Jahre schwerer, erbitterter Kämpfe liegen hinter uns. Kämpfe, die Ihr unter anderen Voraussetzungen zu führen hatten als wir. Welche Freude hat das Bürgerertum besetzt, als bei den Gemeindevahlen 1923 der Rückgang der Sozialdemokratie festgestellt werden konnte, welcher Jubel hat gefeiert, als auch die Nationalratswahlen des Jahres 1925 an diesem Ergebnis nur eine mögliche Korrektur vorgenommen und die Majorität des Bürgerertums ergeben haben. Die Sozial-

demokratie ist an Serartige Rückschlüsse gewöhnt, diese Rückschlüsse führen immer zu neuen Siegen.

Wir haben den Standpunkt vertreten, daß die Politik bestimmt wird von den wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Volksklassen. Wir haben daher die Aufrichtung der Klassenfronten, die eine klare Scheidung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten errichtet hat, begrüßt.

Der internationalen Front des Bürgerertums, muß die Kampffront des Proletariats entgegengestellt werden.

Das Bürgerertum geht daran, die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit abzubauen, die demokratischen Rechte einzuzengen, die Steuerlast auf die Unbemittelten zu überwälzen. Diekm Beginn gilt unser unerbittlicher Kampf. In diesem Kampfe, von dem wir wünschen, daß er in voller Einmütigkeit und Geschlossenheit geführt würde, werden wir nicht ermüden, wir werden alles daransetzen, um die Angriffe erfolgreich abzuwehren.

Über die Tagespolitik hinweg erörtern wir aber unsere wichtigste und vornehmste Aufgabe darin, in den Arbeitermassen das Klassend Bewußtsein zu heben, sie zu Sozialdemokraten zu erziehen. Die deutsche Arbeiterklasse hegt die Hoffnung, daß von diesem Parteitag der Impuls zu einer innigeren, festeren Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien ausgeht wird. Das Bürgerertum, das schon heute schon heute sagen, hat uns wertvolle Dienste geleistet. Die Bevölkerung sieht ein, welche verhängnisvollen Fehler sie im Jahre 1925 bei der Wahlgabe der Stimmzettel gemacht hat. Die neue Konstellation bringt Euch und uns Wahlerfolge und sie führt, was für uns das wichtigste ist, eine Stärkung unserer Parteiorganisationen herbei, die auch Euer Beifall genießt. Wir sehen auch in anderen Ländern das sieghafte Vormarschieren der Sozialdemokratie. In Belgien, Holland, bei den Nachwahlen in England, bei den Landtagswahlen in Deutschland, bei den Gemeindevahlen in Österreich, überall ist die Sozialdemokratie sieghaft, und wir können schon heute voraussehen, daß die österreichische Sozialdemokratie, die nun im Kampfe gegen das geschlossene Bürgerertum steht, siegreich das Kampffeld verlassen wird. Auch bei uns wird der Tag kommen, an welchem die rote Fahne den Sieg der Sozialdemokratie künden wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Beratungen den besten Erfolg!

Schließlich sprechen noch Begrüßungsworte ein ukrainischer und magyarischer Vertreter der Sozialdemokratie Karpathoruhlands sowie ein Delegierter der polnischen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik, der ukrainischen, der russischen, der georgischen Sozialdemokratie, der sozialrevolutionären Partei Russlands, ein Vertreter der Prager Gauorganisation der tschechischen Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und Genossenschaften.

Am Nachmittag wurde der Parteitag noch von dem Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie Österreichs und dem der ungarischen Sozialdemokratie begrüßt und eine Entschließung gegen den internationalen Faschismus angenommen. Sodann erstattete der Parteisekretär Dunden Bericht der Parteiverwaltung. (Aus dem gedruckten Bericht, der den Umfang eines starken Bandes hat, haben wir das Wesentliche bereits veröffentlicht). In der Debatte hierzu werden die Beschlüsse der Minderheiten- und Frauenkonferenz vorgebracht. Nach Annahme dieser Entschließungen geht der Kongreß zum Referat Stevens über das

neue Parteiprogramm

über. Der Referent erklärt, die Programmkommission schlage dem Parteitag vor, die Debatte über das Programm möge einem besonderen Parteitag vorbehalten bleiben, der im Jahre 1928 stattfinden wird. Die Prinzipienklärung bedeute keine Korrektur der bisherigen Theorie. Darüber werde auch nicht viel gestritten werden. Die Diskussion werde sich hauptsächlich um das Aktionsprogramm drehen. Sehr viel wird auch darüber gesprochen, ob der Programmwurf ein marxistischer sei. Für die tschechische Sozialdemokratie ist die Marx'sche Lehre nicht ein versteinertes Gebilde, sondern eine lebendige Methode, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu erforschen. Man ist eine Gruppe in der wissenschaftlichen Entwicklung des Sozialismus. Als denjenigen Schüler von Marx, der die Methoden formuliert hat, welche eine sozialdemokratische Partei in einer demokratischen Republik anzuwenden soll, bezeichnet der Referent Jean Jaurès. Zum nationalen Programm bemerkt Redner, daß es viel besser wäre, wenn die sozialdemokratischen Parteien der Republik sich ein gemeinsames Nationalitätenprogramm erarbeiten würden. Er hofft, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo es diesbezüglich zu einer Verständigung insbesondere mit den deutschen Genossen kommen werde. Der Referent schließt damit, das neue Programm solle der Partei als Licht in der Zukunft leuchten. Hierauf beschließt der Parteitag den vorgelegten Programmwurf auf dem nächsten Parteitag zur Diskussion zu stellen.

Zweiter Verhandlungstag.

Die sonntägigen Verhandlungen werden mit einem Referat des Abg. Dr. Meisner über die

politische und parlamentarische Lage

eröffnet. Der Referent legt u. a. dar, daß die heutige parlamentarische Mehrheit ein Unglück für die Republik sei, denn sie mache aus ihr einen Polizeistaat und reaktionären Staat. Wenn die bürgerlichen Parteien glauben, daß sie erst den Staat reaktionär einrichten und dann mit der Sozialdemokratie verhandeln werden, sind sie im Irrtum. Redner kommt auf das Problem der Regierungsbestimmung im allgemeinen zu sprechen und sagt, daß

die Teilnahme an der Regierung für die Arbeiterklasse ein großer Vorteil, aber daß dies nicht der einzige Gesichtspunkt sei, von dem aus diese Frage betrachtet werden könne. Die längere Teilnahme an einer Koalitionsregierung führe zur Verunsicherung, das Verbleiben in der Regierung nach dem November 1925 wäre für die tschechische Sozialdemokratie mit zu großen Opfern verbunden gewesen, sie hätte das Vertrauen der Arbeiter verloren. Die tschechische Sozialdemokratie warte nicht vor der Türe, bis eine oder die andere Partei aus der Koalition hinausfliege, damit sie eintrete. Die Partei könne der Arbeiterklasse nur etwas bringen, wenn sie stark sei.

Nicht im Parlament, innerhalb der Bevölkerung selbst muß die Stellung der gegenwärtigen Mehrheit untergraben werden.

So wie die Partei früher gezeigt habe, daß sie aufbauen könne, müsse sie jetzt zeigen, daß sie kämpfen könne.

Aus der Debatte

sei das Nachstehende hervorgehoben: Ein Redner erklärt polemisch, es müsse der entscheidende Gesichtspunkt für die Taktik der Partei sein, den größten Teil der Nation für das sozialdemokratische Programm zu gewinnen, ein anderer sieht in der Betonung des kompromißlosen Sozialismus und Marxismus die beste Gewähr für eine erfolgreiche Politik der Partei. Die Mehrzahl der Redner erklärte sich jedoch mit der bisherigen Politik der Partei einverstanden. (Ein Debatteredner befragte sich über die deutschen Genossen, die nicht immer Lust zur Zusammenarbeit mit der tschechischen Sozialdemokratie hätten.) Nach dem Schlußwort des Referenten gelangt eine Entschließung zur Annahme.

Außerdem wird ein Antrag, die Partei möge mit den anderen sozialistischen Parteien wegen Zusammenarbeit auf dem Boden des Parlaments in Verbindung treten, genehmigt, in der die entscheidende Stelle lautet:

Der Kongreß ist sich dessen bewußt, was die Teilnahme an der Macht, ihre Vor- und Nachteile bedeuten und weiß, daß mit dieser Nichtteilnahme manche früheren Errungenschaften bedroht sind. Trotzdem betrachtet er den Eintritt in die Opposition und das Verbleiben darin als notwendig. Die Partei ist die Kämpferin einer neuen Gesellschaftsordnung. Sie verzichtet zwar nicht auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien, aber sie kann die Zusammenarbeit mit ihnen nicht als einzige Methode ihres politischen Kampfes betrachten. Sie muß die Kampffähigkeit ihrer Reihen und des arbeitenden Volkes erhalten und darf ihr Endziel der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft nicht aus den Augen verlieren. Auch die oppositionelle Taktik erachtet sie nicht als Ziel. Opposition nur um der Opposition, oder Opposition um der Negation willen, lehnt sie ab. Dem Prinzip der Demokratie entspricht es die Opposition als vorübergehenden Zustand zur Erziehung der Massen und zur abermaligen Eroberung der politischen Macht zu gebrauchen. Wenn der Kongreß sich prinzipiell für die Koalitionsarbeit ausspricht, dann nur unter Bedingungen, die dem Vorteil der Arbeiterklasse entsprechen oder von diesen direkt erfordert werden.

Unter den übrigen angenommenen Anträgen heben wir noch einen hervor, durch den die Exekutive beauftragt wird, zusammen mit den deutschen und ungarischen Genossen zwecks Ermöglichung eines einheitlichen Antrages auf Revision des Parteiprogramms aller sozialdemokratischen Parteien der Republik insbesondere in der nationalen Frage in Verbindung zu treten.

Dritter Tag.

Der Montag begann mit einem Referat Dr. Soukups über

Internationale und Außenpolitik.

Ueber den Völkerbund sagte der Referent, daß er ihn als den Anknüpfungspunkt zur internationalen Staatsorganisation der Menschheit ansehe, wenn man sich auch über die Erfolge des Völkerbundes keinen Illusionen hingeben dürfe, weil dieser kapitalistische Staaten umfasse. Je stärker der Einfluß der Sozialdemokratie in den einzelnen Ländern, desto mehr wird der Völkerbund mit dem Geist der Demokratie und des Sozialismus erfüllt werden. Im Hinblick auf Rußland führte Soukup aus, daß die russische Revolution die größte der Weltgeschichte sei und daß man deshalb der konterrevolutionären Bourgeoisie die Worte Otto Bauers zurufen müsse: Hände weg von Sowjetrußland! Ebenso entschieden müsse man aber für die russische Sozialdemokratie die politische Freiheit verlangen.

In der Debatte protestierte Dr. Dózer gegen die Aeußerung des Ministers Spina in der „Neuen Freien Presse“, wonach die kleine Entente jede reale Grundlage verloren habe.

Nach Annahme einer entsprechenden Entschließung spricht Abg. Sampl über

wirtschaftliche und soziale Probleme.

Er legte die weltwirtschaftlichen und staatswirtschaftlichen Ursachen der Krise dar und schloß damit, daß auch vom wirtschaftlichen und sozialen Standpunkt, vom Standpunkt der Lebenshaltung der Arbeiter die Vereinhaltung der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei geboten sei.

In der Debatte hierzu sprach u. a. Abg. Dr. Winter über die Angriffe der bürgerlichen Parteien auf die Sozialversicherung.

Zum Schluß wurden einige Aenderungen des Organisationsstatuts vorgenommen und die Wahlen durchgeführt, wobei Abg. Sampl obermals zum Vorsitzenden der Partei gewählt wurde.

Montag um halb 3 Uhr nachmittags wurde der Kongreß mit Schlußreden Sabrans und Tomaseks geschlossen.

# Der Verfassungsbruch unabstreitbar!

## Das Minoritätsreferat des Genossen Dr. Czech über den Mißtrauensantrag.

Dem Präsidium des Abgeordnetenhauses wurde gestern der Bericht überreicht, den Genosse Dr. Czech als Referent der Ausschußminderheit über den Mißtrauensantrag ausgearbeitet hat. Wir geben das Referat, das in scharfsinniger und kritisch unanschöner Weise den Verfassungsbruch der Regierung feststellt und alle von Regierungsseite für die Aufhebung des Soldatenwahlrechtes ins Treffen geführten Argumente widerlegt, nachfolgend im Wortlaut wieder:

Es sei von vornherein festzustellen, daß das Mißtrauen der Antragsteller, beziehungsweise der Ausschußminderheit, gegen die Regierung sich keineswegs auf die Vorlage über das Soldatenwahlrecht allein gründet. Eine ganze Reihe reaktionärer Handlungen, wie insbesondere der in der Verwaltungsreformvorlage enthaltene Angriff auf die politische Freiheit und die Rechte der Selbstverwaltung, aber auch die gesamte Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung, die Opfer, die der Bevölkerung neuerdings für den Militarismus auferlegt wurden,

all das gibt zum Mißtrauen ausreichenden Anlaß. Aber die Antragsteller haben sich mit voller Absicht auf die verfassungswidrige Frage beschränkt, nicht nur weil sie es für ihre Pflicht halten, den auf der ganzen Linie immer stärker werdenden Bestrebungen nach Verschlechterung des Wahlrechtes Einhalt zu gebieten, sondern insbesondere auch deshalb, weil sich an der Verfassungswidrigkeit der Vorlage über das Soldatenwahlrecht die Vertrauenswürdigkeit der Regierung juristisch zwingend nachweisen läßt.

Es sei nur kurz auf das im § 73 B. V. vorgeschriebene Schicksal der Minister und auf die aus dem § 79 B. V. fließende strafrechtliche Verantwortlichkeit hingewiesen, die sich mangels des notwendigen Durchführgesetzes leider derzeit nicht geltend machen läßt.

Dah eine Verfassungsverletzung eine hinreichende Begründung des Mißtrauensantrages ist, bestritten übrigens auch der Bericht der Ausschußminderheit nicht. Er sucht lediglich darzulegen, daß die Verfassungswidrigkeit nicht gegeben ist.

Demgegenüber führen wir aus:

Die Verfassungswidrigkeit der Vorlage beruht darin, daß

### der verfassungsmäßige Grundtatbestand des Wahlrechtes durchbrochen

wird. Das Wahlrecht ist das grundlegende politische Recht der Staatsbürger. In der parlamentarisch-demokratischen Staatsform, innerhalb deren das Referendum eine sehr geringfügige und praktisch gar keine Rolle spielt (vergl. § 46 B. V.), ist die Wahl das Parlamentarische der einzige politische Akt, durch den der Grundtatbestand, daß das Volk die einzige Quelle aller Staatsgewalt ist, verwirklicht wird. Es müssen daher alle verfassungsrechtlichen Fragen, welche das Wahlrecht betreffen, mit ganz besonderer Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit geprüft werden. Es ist auch klar, daß im Rahmen einer demokratischen Verfassung, die auf der vollen Gleichberechtigung aller Staatsbürger und der Volkssouveränität beruht, alle Bestimmungen, welche eine Einschränkung staatsbürgerlicher Rechte nach sich ziehen, streng und nicht erweiternd ausgelegt werden müssen. Es können daher auch Beispiele anderer Rechtsordnungen, die aus anderen Zeiten stammen von einem anderen Geist durchdrungen sind, für die Verfassungsmäßigkeit der Aufhebung des Soldatenwahlrechtes nicht beweisen. Die Frage kann vielmehr nur aus dem Zusammenhange der tschechoslowakischen Rechtsnormen beurteilt werden. Insbesondere ist die Verfassung auf die Wahlordnung des alten Oesterreich ganz irrig: Im alten Oesterreich wäre das Soldatenwahlrecht eine Anomalie gewesen, in der Tschechoslowakei ist es seine Beseitigung.

Eine unzulässige, die Grundtatsache der Volkssouveränität und der Gleichberechtigung verletzende Auslegung ist es insbesondere, wenn in der Bestimmung des § 9 (14) B. V., wonach der Wahlberechtigte Staatsbürger „den übrigen Bedingungen der Wahlordnung entsprechend“ muß, eine Rechtsgrundlage für die Ausschließung einer ganzen Kategorie von Staatsbürgern vom Wahlrecht gesucht wird.

Wenn diese Auffassung des § 9 richtig wäre, da wäre es vollkommen überflüssig, Verfassungsgrundsätze überhaupt anzustellen, da sie durch ein einfaches Gesetz ohne weiteres im Gegenteil verkehrt werden könnten. Die Verfassung würde damit jeden Sinn verlieren. Der § 9 (14) ist ausdrücklich so formuliert, daß alle Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik, welche das 21. (26.) Lebensjahr überschritten haben, wahlberechtigt sind. Der § 8 (13) ist überdies fest, daß das Stimmrecht ein allgemeines sein soll.

Wenn die „übrigen Bestimmungen“, deren Statuierung einem einfachen Gesetze überlassen bleibt, diesem Grundtatbestand der Allgemeinheit widersprechen dürften, dann enthielte der § 9 (14) der Verfassung einen Widerspruch in sich selbst.

und es können die Schöpfer der Verfassung einen solchen Widerspruch gewiß nicht gewollt haben. Diesen Standpunkt vertritt sogar der Berichterstatter der Mehrheit, indem er es als selbstverständlich erklärt, daß die Beschränkungen, die er von seinem Standpunkte aus nach § 9 für zulässig hält, nicht so weit gehen dürfen, daß ein beträchtlicher Teil der Wählerschaft vom Wahlrecht ausgeschlossen würde: daß aber die Soldaten einen „beträchtlichen Teil der Wählerschaft“ bilden, kann wohl unmöglich bestritten werden und

der Berichterstatter der Mehrheit befindet sich daher im Widerspruch mit sich selbst.

Wenn er die Verfassungsmäßigkeit der Vorlage vertritt,

Es ist daher auch die Behauptung ganz falsch, daß die Analogie der bereits im § 3 des Gesetzes über die ständigen Wählerlisten enthaltenen Ausschließungen vom Wahlrecht die Aufhebung des Soldatenwahlrechtes rechtfertigt.

Es wäre gewiß besser gewesen, eine genauere Umgrenzung der Wahlberechtigung bereits in die Verfassung anzunehmen, aber auch wenn dies nicht geschehen ist, bliebe der Analogieschluß angesichts der oben aufgestellten und begründeten Forderung nach strenger Auslegung unzulässig. Aber die Analogie ist in Wirklichkeit gar nicht vorhanden. Denn im § 3 des Gesetzes über die ständigen Wählerverzeichnisse handelt es sich durchwegs um Personen, denen die volle moralische Qualifikation mangelte, um Personen, die durch ein subjektives Verschulden sich des Wahlrechtes unwürdig gezeigt haben, es handelt sich vor allem um individuelle Fälle, nicht um ganze Kategorien, so daß eine Verletzung des Grundtatbestandes der Allgemeinheit des Wahlrechtes nicht vorliegt. Vom verfassungsrechtlichen Standpunkte bedenklicher ist die Bestimmung über die dreimonatliche Schadloshaltung, aber hier handelt es sich ganz offensichtlich nicht um die Festlegung der Wahlberechtigung, sondern um eine technische Bestimmung für die Durchführung des Wahlaktes, was ja der eigentliche Zweck des Gesetzes über die ständigen Wählerverzeichnisse ist. Uebrigens ist, von den ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen, in denen der Wahlrecht innerhalb von drei Monaten mehrmals gewechselt wird, jeder Staatsbürger in irgend einer Gemeinde in die Wählerlisten eingetragen, es handelt sich hier also gar nicht um eine Ausschließung vom Wahlrecht, sondern von der faktischen Möglichkeit der Ausübung des Wahlrechtes. Juristisch liegt also eine Durchbrechung der Allgemeinheit des Wahlrechtes überhaupt nicht vor.

Mit zwingender Klarheit ergibt sich die Richtigkeit des Standpunktes, daß die Ausschließung der Soldaten vom Wahlrecht eine Verfassungsänderung bedeutet, auch aus den Bestimmungen des § 20, Abs. 5 und 6 der Verfassungsurkunde, selbst.

Nach § 20 (5) sind Gaus- und Bezirksvorsteher vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen, nach § 20 (6) auch Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes, die Mitglieder des Wahlgerichtshofes und die Mitglieder der Gewerbetreibenden. Obwohl es sich hier nur um die Wahlbarkeit und nicht auch um das Wahlrecht handelt, obwohl nur ein ganz beschränkter Personenkreis in Frage kommt, obwohl alle durch diese Bestimmungen betroffenen Personen durch Niederlegung ihrer mit der Wahlbarkeit kollidierenden Funktion das passive Wahlrecht erlangen können, hat es der Gesetzgeber dennoch für notwendig erachtet, diese viel weniger einschneidenden Wahlrechtsbeschränkungen in der Verfassung selbst festzusetzen, weil er der ganz richtigen Auffassung war, daß eine solche Beschränkung durch ein einfaches Gesetz nicht zulässig ist. Um so weniger zulässig ist daher natürlich die Aufhebung des Soldatenwahlrechtes, die nicht nur das passive, sondern auch das aktive Wahlrecht entfernt, die nicht durch einen Rücktritt von der Funktion beseitigt werden kann und die schließlich sogar eine Verschiebung in der Mandatsverteilung nach sich ziehen kann. Es kann auch nicht der Einwand erhoben werden, daß die Aufnahme dieser Einschränkungen in das Gesetz über die ständigen Wählerverzeichnisse aus gesetzlichen Gründen nicht möglich war, weil es sich eben nur um das passive Wahlrecht handelt, denn es wäre natürlich ohne weiteres möglich gewesen, diese Ausnahmsbestimmungen in die Wahlordnung einzufügen, wenn dem nicht verfassungsrechtliche Bedenken entgegengestanden wären.

In der Gegenüberstellung der beiden Tatsachen, daß die Gaus- und Bezirksvorsteher durch Verfassungsbestimmungen von der Wahlbarkeit ausgeschlossen werden, während die Soldaten im Gesetze über die ständigen Wählerverzeichnisse neben Verbrechern und Bankrotturteilern erscheinen, tritt die Verfassungswidrigkeit der Vorlage über das Soldatenwahlrecht geradezu plastisch in Erscheinung.

Es sei schließlich darauf verwiesen, daß auch der § 106 der Verfassungsurkunde, welcher Vorrechte des Berufes ausschließt, eine Aufhebung des Soldatenwahlrechtes unzulässig erscheinen läßt.

Wenn der Bericht der Mehrheit meint, daß die Verfassung dabei vor allem an die Aufhebung der Privilegien des Adels und an Vorrechte des Geschlechtes gedacht hat, so übersieht er, daß die Verfassung die Vorrechte der Geburt und des Geschlechtes neben den Berufsvorrechten noch ausdrücklich aufzählt. Die Einschränkung des § 106 auf diese Vorrechte entspricht also weder dem Wortlaut der Verfassung, noch ihrem Geiste, der mit Wahlrechtsprivilegien sicherlich absolut unvereinbar ist. Die Einwendung, daß es auch besondere Rechte und Pflichten anderer Berufe gibt, ist keineswegs stichhaltig, weil es sich dabei immer nur um Rechte und Pflichten handelt, die aus der Ausübung des Berufes selbst fließen. Doch aber das Wahlrecht der Soldaten mit den besonderen Aufgaben des militärischen Berufes unvereinbar wäre, ist durch die wiederholte tatsächliche Ausübung des Wahlrechtes durch die Soldaten widerlegt. Der Hinweis darauf, daß die Frauen von der Militärpflicht ausgenommen sind, kann überhaupt nicht ernst genommen werden, da die Verfassung naturgemäß nur die Rechtsungleichheit, nicht aber die physiologische Verschiedenheit der Geschlechter ausheben kann. Der Hinweis auf die Befreiung der Frauen von der Wehrpflicht geht daher am Kern des Problems ganz und gar vorbei.

Die Ausschließung der Soldaten vom Wahlrecht ist also mit dem Wortlaut der Verfassung im Widerspruch. Daß sie auch dem Geiste der Verfassung

widerspricht, braucht wohl nicht ausgesprochen zu werden. Das Wahlrecht der Soldaten gehört zu den Errungenschaften der Revolution, seine Aufhebung steht im krassen Widerspruch mit den Grundtatsachen und Voraussetzungen, auf welchen die staatlichen Einrichtungen der Tschechoslowakei beruhen. Die Aufhebung des Ausschlußrechtes über das Soldatenwahlrecht (Druck 583), als ob es sich bei der Gründung des Staates um eine ganz andere Wehrmacht gehandelt hätte als die gegenwärtige, ist, von der darin enthaltenen Zurücklegung der Soldaten abgesehen, logisch und haltlos, denn die Verfassung des Jahres 1920 wurde nicht proteritisch, sondern pro futuro erlassen und gilt natürlich auch für die auf Grund des Wehrgesetzes, das nahe-

### Kerntruppen der völkischen Erneuerung.

nennt der Herr Raag die Hakenkreuzler in seiner Osterbetrachtung im „Tag.“ Und der Herr Raag muß es doch wissen, daß er ja der geistige Vater und Lichtspender seiner Partei ist. Als Zeitgenosse des Führer und Gaitemayer war er doch Mitbegründer des völkischen Erneuerungsgedankens und kennt allenfalls die Linie, auf welcher die Hakenkreuzler diese Erneuerung bisher vollzogen.

Die Erneuerung, wie sie die Hakenkreuzler meinen, segte eigentlich schon vor dem Weltkrieg ein, als sie sich nach deutschnationale Arbeiterpartei nannten und sich noch völlig ungeniert den bürgerlichen Fabrikantenpartei anbeuern konnten. Im Lager des Deutschen Nationalverbundes seligen Andenkens fühlte sich diese famose Arbeiterpartei geborgen und konnte der klassenbewußten Arbeiterschaft bei ihren schweren Kämpfen ungeachtet in den Rücken fallen. Die wahre und richtige völkische Erneuerung begann aber erst nach dem Kriege, als völkische Norddeutschen, die Spaltung der Arbeiterklasse ausnützend, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Mathenau und Erzberger, sowie viele andere um die Ecke brachten, denn

„es flammte der Gedanke der völkischen Wiedergeburt wie eine Stiefmutter auf.“

sagt der Herr Raag und meint damit den Münchener Bierkellerputsch, nach welchem am anderen Tage aber die völkische Erneuerung a la Ludendorff beim Eingreifen der Reichswehr heidnämlich am Paudse herumtröpfchen. Da aber der Herr Raag mit diesen Erfolgen völkischer Erneuerung nicht zufrieden ist, spinn er den Faden in seiner Osterbetrachtung weiter, er wird wohl sagen und erklärt:

„Wir Nationalsozialisten sind nur Werkzeuge im Dienste dieser Idee für unser Volk. Schwer und mühsam ist unser Weg. Aber wir sind uns bewußt unserer Sendung und darum dürfen wir hoffen und glauben.“

Der Herr Raag hat recht! Auch wir haben schon wiederholt festgestellt können, daß die Hakenkreuzler nur Werkzeuge sind, allerdings in einem anderen Sinne, wie wir es jetzt wieder in dem Wahlkampf in Oesterreich beobachten können. Schwer und mühsam ist dort der Weg, den die österreichischen Hakenkreuzler in der Einheitssfront gegen die Arbeiterschaft mit Seipel und Rintelen, mit Baber und Dinghofer, mit Sami Bronner und Leiser Tauber gehen müssen, um ein oder zwei Mandater zu erreichen, aber sie sind sich eben „ihrer Sendung bewußt.“ Der Eierglaube nimmt dort feste und klingende Formen an und sie dürfen hoffen und glauben, daß der, mit Respekt zu sagen, sich untereinander folgende Zauhaufen, den dort die Hakenkreuzler darstellen, seinen Lohn für die kapitalistische Schühenhilfe von den jüdischen Bankherren Sami Bronner und Leiser Tauber erhalten wird. Die österreichische Arbeiterschaft ringt mit einem seltenen Eifer um die Verwirklichung des Sozialismus, sie ringt in beispielloser Weise um die Macht im Staate, sie kämpft für die Besserstellung der Arbeiterschaft durch Steuerentlastung und entsprechende Verringerung des Reichtums. Es geht dort um die Frage der Beseitigung des durch die Bankenschieberei schwer kompromittierten Seipelregimes, da werden doch nicht etwa die sogenannten Nationalsozialisten sozialistisch handeln? Denn sie dürfen doch „hoffen“ und „glauben“, daß ihnen nicht allein der verdiente Lohn winkt, sondern auch unter den Fittichen des korumpierten kapitalistischen Bürgerturns weiterhin die Möglichkeit haben, ihrer Sendung entsprechend, das Werkzeug gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft abzugeben. Nicht „Kerntruppen der völkischen Erneuerung“, sondern Kerntruppen im Kampfe gegen die Arbeiter wollen sie sein und bleiben. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft und besonders die österreichische, weiß sie daher auch richtig einschätzen und ist sich über die Sendung dieser Gesellschaft vollständig im klaren. Sie wird diesen sauberen völkischen Erneuerern am 24. April den wohlverdienten Zutritt geben.

### Budgetauschuh.

Frage. 19. April. Die Koalitionsparteien haben es auf einmal mit der Beratung der Steuerreform, die noch vor der Präsidentschaftswahl erledigt werden soll, ganz ungewöhnlich eilig, nachdem sie vorher viele Wochen hindurch im Ausschuh mit der Vorlage gar nichts anfangen konnten, da eine Einigung über die Differenzen bezüglich der Erwerbsteuer nicht zu erzielen war. Dafür wird nach bekanntem Muster jetzt die Vorlage einfach durchgepeitscht; wenigstens soll nach dem Willen des Herrn Pradač das ganze Gesetz im Budgetauschuh bis Samstag fertig-

gestellt sein, ohne Rücksicht darauf, daß „nur“ noch 280 Paragraphen fertigzustellen sind. Ja auch noch die beiden Gesetzwürfe über die Stabilisierungsbilanzen und die Finanzgebühren der autonomen Körperschaften sollen bis zu diesem Termin fertiggestellt sein! Um dies zu ermöglichen, wird der Ausschuh die ganze Woche hindurch vor- und nachmittags tagen.

Heute wurden allerdings nur ganze 20 Paragraphen erledigt. Gegenstand der Debatte bilden die gemeinsamen Bestimmungen (Kapitel IX).

### Genosse Diel

bekanntlich sich namentlich mit den im Entwurf vorgesehenen Steuerkommissionen und erklärt, daß die hier formulierten neuen Bestimmungen im allgemeinen die Zustimmung unserer Partei nicht finden können. In dem Verfahren ist vor allem das demokratische System vollständig zu vermissen.

Es werden zwar Kommissionen eingesetzt, bei denen der Steuerträger Gelegenheit gegeben wird, mitzuwirken, aber diese Kommissionen werden ernannt, statt daß sie nach dem Proporzionalwahlsystem gewählt würden. Es ist somit alles der Willkür und dem Vorrecht der Regierung unterworfen. Wenn Kommissionen bestehen, warum läßt man diesen Kommissionen nicht diejenigen Vollmachten, die sie brauchen, wenn sie wirksam sein sollen und wenn die Bevölkerung zu diesen Kommissionen Vertrauen haben soll? Rehnliches gilt für die Berufungskommissionen. Was die Strafolgebetr. betrifft, so ist es selbstverständlich, daß nicht der betreffende Arbeiter die Strafolgebetr. zu tragen hat, wenn es der Unternehmer unterlassen hat, die Steuer in Abzug zu bringen. Auch das Verwaltungsrecht, das hier gewahrt wird, ist eine Frage von großer Wichtigkeit.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß solche Verordnungen den parlamentarischen Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt sind. Dadurch würden wir die Behörden dazu zwingen, bei dem Verwaltungsrecht, das ihnen gegeben wird, diejenige Sorgfalt walten zu lassen, die hierbei unbedingt notwendig ist. Die Verjährung der Steuer ist von drei Jahren auf sechs Jahre hinausgeschoben worden; diese Ausdehnung geht unserer Ansicht nach viel zu weit. Durch derartige Bestimmungen werden sie nicht erreicht, daß die Steuerordnungsverwaltung ordnungsmäßig terminmäßig erfolgt, und daß der Steuerzahler aufhört.

Für die Mehrheitspartei beantragte schließlich der Referent Biskovsky in der Nachmittagsitzung eine Reihe von Änderungen; so sollen einige Mitglieder der Kommission aus einem Fernwahlbezirk ausgewählt werden, den der Landeskulturrat, beziehungsweise die betreffende Handelskammer zu ernennen haben. Dr. Reichner wies mit recht darauf hin, daß neben den Agrariern und den Gewerbetreibenden schließlich auch noch Berufsstände existieren, die berücksichtigt werden müssen.

### Genosse Kaufmann

sprach sich gleichfalls für die Wahl der Steuerkommissionen aus, wie dies auch in Oesterreich der Fall war. Die Steuerkommissionen müssen freie autonome Körperschaften und vom Finanzministerium unabhängig sein; die Zahl der Kommissionsmitglieder müßte der Bevölkerungsdifferenz des betreffenden Sprengels angepaßt sein. Im Paragraph 235 wird nicht ausgesprochen, wer den Vorsitzenden der Kommission bestimmt; wir verlangen eine Wahl durch die Kommission und keinesfalls eine Ernennung durch die Finanzbehörden. Auch die steuerpflichtigen Ausländer sollen das Wahlrecht erhalten. Redner polemisiert sodann gegen die Meinung des Referenten, daß die gewählten Mitglieder der Steuerkommissionen verlastet hätten und nicht gewissenhaft genug gewesen seien. Daß die Ernennung größerer Gewähr bietet, könne man glauben, da sicher vor allem das für zehrfach werden wird, daß nur verlässliche Regierungsmitglieder ernannt werden; die Ernannten werden aber nur das Interesse der Finanzverwaltung wahren.

Genosse Kaufmann wendet sich dann in scharfer Form dagegen, daß nach der neuen Verfassung für die Grundsteuerkommission nur der Landeskulturrat und für die Einkommen- und Erwerbsteuerkommission nur die Handelskammer ein Ernennungsrecht haben sollen, weil dadurch große Gruppen von Steuerträgern überhaupt ausgeschaltet würden. Es fehlen vor allem die Arbeiter und Angestellten, die gewiß ein großes Interesse daran haben, wer über ihre Steuerpflichten entscheidet. Auf die Frauen, die namentlich als Arbeitnehmer einen erheblichen Prozentsatz ausmachen, hat man bei der Bildung dieser Kommissionen ganz vergessen. Genosse Kaufmann wies darauf hin, daß die Frauen nicht nur auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung, sondern auch in der Privatwirtschaft hervorragendes geleistet haben; man dürfe deshalb die Frauen nicht von der Mitarbeit in den Steuerkommissionen ausschalten und sie so als minderwertige Mit-





